

SCHWEIZ-FL

Drei Fragen an Otmar Hasler

Volksblatt: Herr Regierungschef, Sie waren am EU-Gipfel in Athen, Bundespräsident Pascal Couchepin war auch dort. Haben Sie in Athen mit ihm gesprochen?

Otmar Hasler: Ja, wir haben uns auch am Rande des EU-Treffens unterhalten. Wir haben nicht den gleichen Integrationsstand: Die Schweiz verhandelt über bilaterale Verträge, Liechtenstein ist EWR-Mitglied. Aber im Grundsatz decken sich unsere Überzeugungen, nämlich dass Europa weiter zusammenwachsen soll. Dass es einen gemeinsamen Sicherheitsraum in Europa geben soll. Neben diesen aktuellen Fragen, die im Zusammenhang mit dem EU-Gipfel standen, haben wir noch verschiedene andere Fragen erörtert, die zwischen Liechtenstein und der Schweiz aktuell sind.

Sie haben an der Sarganser Industrie- und Gewerbeausstellung als Diskussionspartner teilgenommen, zusammen mit Bundesrat Joseph Deiss. Gibt es bei solchen kurzen Zusammenkünften auch Gespräche zwischen Bundesrat und Regierungschef?

Bei jedem Zusammentreffen nutzen wir natürlich die Gelegenheit für einen Gedankenaustausch, auch wenn nur wenig Zeit zur Verfügung steht. Obwohl die Zeit knapp war an dieser Veranstaltung, haben wir die freundschaftlichen Bande mit Bundesrat Joseph Deiss benutzt, um ein paar Fragen zu erörtern. Ich finde es sehr wichtig, dass wir die freundschaftlichen Beziehungen auch auf diese Art immer wieder festigen.

Als früherer Aussenminister hatte Bundesrat Joseph Deiss sehr viel mit Liechtenstein zu tun. Als jetziger Wirtschaftsminister muss er sich ebenfalls immer wieder mit Liechtenstein-Fragen beschäftigen, die in sein Departement hineinreichen, denn Aussenpolitik ist in der heutigen globalisierten und vernetzten Zeit auch Aussenwirtschaftspolitik.

Aus der Schweiz waren im Verlaufe der Verfassungsdiskussion auch negative Kommentare gegenüber Liechtenstein zu vernehmen. Wie beurteilen Sie diese Einschätzungen in der Rückschau?

Bei einer solchen Beurteilung müssen wir unterscheiden zwischen der Politik und den Medien. Wir haben leider feststellen müssen, dass immer wieder sehr einseitig informiert wurde in bestimmten Medien. Es ist für Aussenstehende sicher nicht einfach, das dualistische System Liechtensteins zu verstehen, weshalb oft ein gewisses Unverständnis vorhanden war.

Aber die Wahrnehmung der tatsächlichen Verhältnisse war natürlich im politischen Bereich anders. Die offizielle Schweiz bemühte sich um eine ausgewogene Haltung. Von daher haben die freundschaftlichen Beziehungen überhaupt nicht gelitten.

«Von der Schweiz ermutigt»

Regierungschef Otmar Hasler vor dem Besuch von Bundespräsident Couchepin

VADUZ – Morgen Freitag wird der Schweizer Bundespräsident Pascal Couchepin unserem Land einen offiziellen Besuch abstatten. Im Interview weist Regierungschef Otmar Hasler auf die Bedeutung dieses Besuchs und vor allem auch auf die Bedeutung von guten nachbarschaftlichen Beziehungen hin, wie sie mit der Schweiz seit Jahrzehnten bestehen.

• Günther Meier

Volksblatt: Herr Regierungschef, welches Thema werden Sie beim Gespräch mit Bundespräsident Pascal Couchepin zuerst ansprechen?

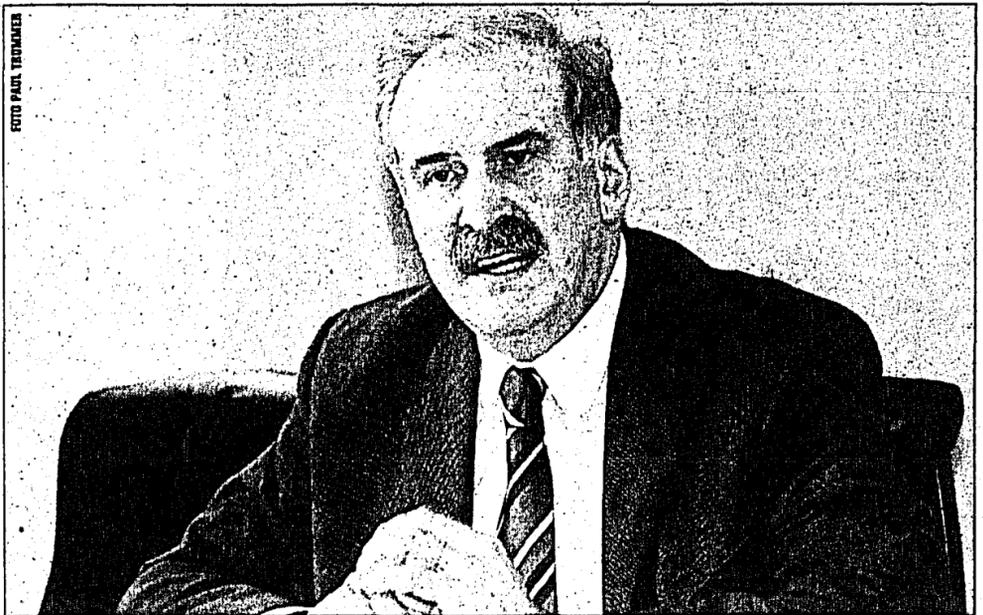
Regierungschef Otmar Hasler: Wir werden sicher zwei Themen besonders besprechen. Das eine ist die Vaduzer Konvention, bei der es vor allem um den freien Personenverkehr geht. Bis zum 1. Juni in diesem Jahr, also in knapp einem Monat, muss die Gleichbehandlung der Schweizer Bürger, die in Liechtenstein ihren Wohnsitz haben, mit den EWR-Angehörigen umgesetzt sein. Gleichzeitig gilt natürlich auch die Gleichbehandlung liechtensteinischer Bürgerinnen und Bürger in der Schweiz. Zweitens interessieren wir uns für einen Gedankenaustausch über die Wirtschaft und vor allem über Fragen, die den Finanzplatz betreffen. Hier stehen auf europäischer und internationaler Ebene wesentliche Fragen wie Zinsertragsbesteuerung oder der Beitritt zum Schengen-Abkommen an. Die Verhandlungen der Schweiz über den Beitritt zum Schengen-Abkommen sind weit fortgeschritten, womit sich für unser Land aus diesem Verhandlungsergebnis entsprechende Fragen ergeben werden.

Gibt es weitere Sachthemen, die zwischen Liechtenstein und der Schweiz besprochen werden müssen?

Neben diesen Hauptinteressensgebieten gibt es natürlich eine Reihe von Fragen, die von Seiten der Schweiz oder von unserer Seite angesprochen werden. Bei diesen Fragen geht es meist um Informationen oder um Antworten auf spezielle Nachfragen. Aber wir haben keinen Problemkatalog, der durchgegangen werden muss. Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sind sehr gut.

Es ist immer wieder zu hören, dass die Beziehungen zur Schweiz in den letzten Jahren etwas belastet worden sind. Die eigenständige Politik Liechtensteins im Bereich der Telefone und der Post sei nicht überall gut angekommen. Welchen Eindruck haben Sie in Ihrer jetzt zweijährigen Amtszeit gewonnen?

Ich konnte den Eindruck gewinnen, dass die Beziehungen sowohl auf Regierungsebene als auch auf der Ebene der Beamten sehr offen, sehr gut und ohne Probleme sind. Gespräche sind von beiden Seiten immer sehr offen. Die Schweiz akzeptiert die Rolle Liechtensteins als souveräner Staat, der auch eigene Wege beschreitet. Wir werden von der Schweiz auch ermutigt, selbstständig unseren Weg zu gehen. Von dieser Seite gibt es keine Probleme. Ich glaube auch,



«Diese Regierung legt sehr grossen Wert auf die Nachbarschaftspolitik»: Regierungschef Otmar Hasler.

dass wir in den letzten zwei Jahren sehr viel beitragen konnten, um diese Beziehungen noch zu vertiefen.

Die Schweiz akzeptiert den eigenständigen ausserpolitischen Weg Liechtensteins, vor allem in der Europapolitik. Auf der anderen Seite aber steht doch auch das Begehren im Raum, dass die Schweizer gegenüber den EWR-Ausländern in Liechtenstein nicht schlechter gestellt werden sollten. Gibt es noch Benachteiligungen der Schweizer in unserem Land?

Auf den 1. Juni wird die Gleichstellung der in Liechtenstein wohnhaften Schweizer Staatsbürger mit den EWR-Bürgern, wie ich schon gesagt habe, in Kraft gesetzt. Die erste Phase des in der Vaduzer Konvention vorgesehenen Prozesses wird auf dieses Datum hin umgesetzt. Dann gibt es keine Benachteiligungen von wohnhaften Schweizer Staatsbürgern mehr im Vergleich zu den EWR-Staatsangehörigen. Bei meinem ersten Besuch in der Schweiz war mir ein besonderes Anliegen, dass wir diese Gleichstellung möglichst bald umsetzen wollen. Wenn wir die Nahebeziehungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein betrachten, war diese Ungleichbehandlung eine gewisse Belastung für die Beziehungen.

In welchen Bereichen waren die Schweizer bisher gegenüber den EWR-Bürgern benachteiligt?

Die Verbesserungen für die Schweizer Staatsangehörigen mit Wohnsitz in Liechtenstein betreffen insbesondere das Verbleiberecht nach Arbeitsaufnahme in einem anderen Land, die Wiedererteilung der Niederlassungsbewilligung, die Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit, den Zugang zu den «freien Berufen», die Diplomanerkennung, den Familiennachzug und die Verlängerung von Kurzaufenthaltsbewilligungen. Die Regierung wird die Öffentlichkeit hierzu noch gesondert informieren.

Die Schweiz geht den Weg über die bilateralen Verträge nach Europa. Gibt es offene Fragen zwischen der Schweiz und Liechtenstein, die aus dieser Konstellation Bilaterale – EWR entstehen?

Grundsätzlich ist es natürlich so, dass es eine stetige Annäherung gegeben hat. Je mehr Abkommen oder Verträge die Schweiz mit der EU abgeschlossen und sich damit dieser angenähert hat, umso geringer wird das Gefälle oder der rechtliche Unterschied zwischen Liechtenstein und der Schweiz. Es kommt immer wieder zu neuen Handlungsfeldern, beispielsweise im Zusammenhang mit der Vaduzer Konvention. Die Schweiz hat bilaterale Verträge im Personenverkehr abgeschlossen, womit wir in die Lage versetzt werden, diese Regelungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein anzupassen. Es stellt sich bei jeder neuen Regelung, welche die Schweiz mit der Europäischen Union trifft, die Frage nach den Auswirkungen auf unser Land und auf unser Verhältnis zur Schweiz. Wenn die Schweiz etwa beim Schengen-Abkommen oder bei der Frage der Zinsbesteuerung eine Vereinbarung mit der EU trifft, dann hat das in den meisten Fällen entsprechende Auswirkungen auf das bilaterale Verhältnis mit der Schweiz.

Das Bankgeheimnis scheint im Moment international keine grosse Rolle mehr zu spielen. Haben sich die Schweiz und Liechtenstein in dieser Frage abgestimmt?

Ich teile die Ansicht, dass das Bankgeheimnis international keine grosse Rolle mehr spielt, nicht. Gerade die letzten Beschlüsse der EU-Finanzminister bezüglich der Zinsertragsbesteuerung zeigen, dass das Bankgeheimnis auch weiterhin eine Rolle spielen wird. Wir sind regelmässig im Gespräch, was grundsätzliche Positionen in Finanzplatz-Fragen betrifft. In dieser Beziehung haben beide Länder in rechtsstaatlicher Hinsicht die gleiche Überzeugung, dass nämlich der Schutz der Privatsphäre ein wesentliches Rechtsgut ist, das man schützen muss. Aus dieser Grundhaltung heraus braucht es nicht bei jeder Verhandlung eine Abstimmung. Aber es ist wesentlich für unser Land, dass wir im Gespräch mit der Schweiz bleiben, wenn die Schweiz mit der EU verhandelt, denn das hat Auswirkungen auf die Gespräche unseres Landes mit der Europäischen Union.

Wie steht es mit der Zusammenarbeit zwischen den beiden Län-

dern in der Frage der EU-Zinsbesteuerung?

Auch in diesem Bereich sind wir selbstständige Verhandlungspartner mit der EU, doch wenn die Schweiz zu einem Verhandlungsergebnis kommt, dann wird dieses Ergebnis auch für die Verhandlungen mit Liechtenstein von Bedeutung sein. Weil die Schweiz die gleiche Grundhaltung in dieser Frage hat, ist es wesentlich für uns, dass wir die Verhandlungspositionen kennen. Darum finden auch im Bereich der EU-Zinsbesteuerung regelmässige Konsultationen mit der Schweiz statt.

Die liechtensteinische Regierung hat sich auf die Gespräche in der Zinsertragsbesteuerung sehr intensiv vorbereitet und natürlich auch das Verhandlungsangebot der Schweiz studiert.

Zur Nachbarschaftspolitik: Die Regierung hat bei ihrem Amtsantritt andere Prioritäten in der Aussenpolitik versprochen, wobei der Nachbarschaftspolitik grosse Bedeutung beigemessen wurden. Haben Sie in dieser Beziehung schon eine Bewegung festgestellt?

Diese Regierung legt sehr grossen Wert auf die Nachbarschaftspolitik. Wir treffen uns regelmässig mit den Nachbar-Regierungen und haben einen regen Gedankenaustausch, sei das mit Schweizer Bundesräten oder mit österreichischen Regierungsmitgliedern. Dabei wollen wir uns auf dem Laufenden halten, welche politischen Schwerpunkte in unseren Nachbarstaaten gesetzt werden. An dieser Stelle, denke ich, ist auch einmal ein Dankeschön angebracht für all die Unterstützung, die wir immer wieder von der Schweiz und Österreich entgegennehmen dürfen.

Wie umschreiben Sie die Beziehungen zum Nachbarland Schweiz?

Die Beziehungen sind sehr freundschaftlich geprägt. Es sind Beziehungen zwischen zwei ungleich grossen Ländern, aber zwischen zwei selbstständigen Staaten, die einander sehr gut verstehen. Wir haben in vielen Fragen die gleiche Auffassung. Und von daher wünsche ich mir, dass die Beziehungen auch in Zukunft aufrecht erhalten oder gar noch intensiviert werden können.

ANZEIGE

brühl

brühl

LOVA MOBEL

FL 9490 VADUZ
www.lova.li